

Informationsunterlage zur Pressekonferenz von **Bürgermeister Klaus Luger** und **Stadtrat Markus Hein** zum Thema „**Neue Donaubrücke Linz – Vergabeverfahren erfolgreich abgeschlossen**“ am 15. Mai 2018, um 11.15 Uhr im Alten Rathaus, 4. Stock, Pressezentrum.

Neue Donaubrücke Linz

Vergabe des Brückenbaus, Straßenbaus und der örtlichen Bauaufsicht abgeschlossen

Baustart Mitte Juni steht nichts entgegen



Das EU-weite Vergabeverfahren zur Neuen Donaubrücke Linz ist abgeschlossen. Die zeitkritischen Vergaben im Brücken- und Straßenbau sind somit erfolgreich erledigt und einer Realisierung steht nichts mehr im Wege. Mit einem Angebotspreis von 57 Millionen Euro (exkl. USt, zzgl. Indexsteigerungen) erhält die Bietergemeinschaft MCE GmbH / PORR Bau GmbH / Strabag AG den Zuschlag. Die örtliche Bauaufsicht wurde an die Bietergemeinschaft Schimetta Consult ZT GmbH / IBK Ingenieurbüro Kronawetter ZT GmbH mit einem Angebotspreis von 1,25 Millionen Euro (exkl. USt, zzgl. Indexsteigerungen) vergeben.

Zitat Bürgermeister Klaus Luger: Bei der Volksbefragung 2015 haben sich 68 Prozent für den Neubau der Brücke ausgesprochen. Seither arbeiten wir mit Hochdruck daran, dass die neue Eisenbahnbrücke gebaut werden kann. Es sind alle Bewilligungen erteilt, die EU-weiten Vergabeverfahren abgeschlossen und die Finanzierung steht. Dem Baustart steht nun nichts mehr im Wege. Die neue Eisenbahnbrücke legt den Grundstein für Verkehrslösungen der Zukunft. Im Jahr 2020 wird die Brücke benutzbar sein und die Linzer Verkehrssituation entspannen.

Zitat Stadtrat Markus Hein: Das lange Warten auf den Baubeginn der ‚Neuen Donaubrücke Linz‘ hat nun ein baldiges Ende! Nach der Planungsphase, schnell durchlaufenem Behördenverfahren, geklärter Finanzierung und den komplexen EU-weiten Vergabeverfahren, sind nun alle notwendigen Voraussetzungen erfüllt, sodass Mitte Juni mit den Bauarbeiten begonnen wird. Die zur Realisierung wesentlicher Aufgaben im Brücken- und Straßenbau notwendigen Ausschreibungen sowie die örtliche Bauaufsicht müssen zuvor noch in der kommenden Gemeinderatssitzung beschlossen und können anschließend an den Bestbieter vergeben werden.

1. Vergabe – Generalunternehmer für Brücken- und Straßenbau

Am Standort der 2016 abgetragenen Eisenbahnbrücke wird bis spätestens Herbst 2020 die „Neue Donaubrücke Linz“ errichtet. Diese Brücke wird neben den beiden Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr auch die Trasse der künftigen „Neuen Schienenachse Linz“ sowie beidseitig großzügige Geh- und Radwege aufweisen.

Die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Neuerrichtung umfassen außerdem die Neugestaltung des Straßenanschlusses beim Gasthaus Lindbauer und den Bau einer neuen Verbindungsstraße zur Hafestraße auf der ehemaligen Gleistrasse der Mühlkreisbahn. Dazu ist unter anderem auch die Errichtung einer Stützmauer entlang der dort befindlichen Kleingartenanlage erforderlich. Nach Abschluss der Bauarbeiten erfolgt eine Renaturierung des Montageplatzes samt kompletter Neugestaltung des Uferbereiches sowie eine Gestaltung der Bereiche unterhalb der Brücke.

Die Vergabe der Arbeiten erfolgt in Form eines Generalunternehmerauftrages und umfasst somit sämtliche Gewerke, die für die Funktionsfähigkeit der Brücke erforderlich sind.

Durchgeführtes Verfahren

Die Leistungen wurden in Form eines Verhandlungsverfahrens mit Bestbieterprinzip (wirtschaftlich und technisch günstigstes Angebot) ausgeschrieben und vergeben.

Neben dem Preis wurden hierzu folgende qualitative Zuschlagskriterien herangezogen:

- **Montage- und Transportkonzept**
- **Bauzeitverkürzung**
- **Gewährleistungsverlängerung**

Das Verhandlungsverfahren wurde als zweistufiges Verfahren durchgeführt. In der ersten Stufe (Präqualifikation) wurden die fristgerecht abgegebenen Teilnahmeanträge der Berggemeinschaften in einem Eignungs- und Auswahlverfahren geprüft. Nach Prüfung der Befugnis, Leistungsfähigkeit und beruflichen Zuverlässigkeit wurden alle 5 Berggemeinschaften zum weiteren Verfahren (Abgabe eines Angebotes) zugelassen.

Mit der Übersendung der Ausschreibungsunterlagen in der ersten Fassung wurde nach der Präqualifikation die zweite Stufe des Verhandlungsverfahrens (Verhandlungsstufe) eingeleitet.

Bis zum Ende der Angebotsfrist am 30.1.2018 haben alle fünf Bietergemeinschaften zeitgerecht ein Angebot abgegeben. Die Angebote in der ersten Fassung wurden hinsichtlich Konformität mit den Ausschreibungsunterlagen und der Einhaltung sonstiger formeller und inhaltlicher Mindestvorgaben geprüft und anschließend mit allen Bietern über ihre Erstantgebote (inklusive Qualitätsausarbeitungen und dem zugrunde liegenden Leistungsvertrag) verhandelt.

Nach Abschluss der Verhandlungsrunde wurde auf Grundlage der Verhandlungsergebnisse die Ausschreibungsunterlage in der zweiten Fassung erstellt und an die Bietergemeinschaften übermittelt. In den Ausschreibungsunterlagen wurde im Gegensatz zur ersten Fassung festgelegt, dass auf Basis der Ausschreibungsunterlagen (zweite Fassung) eine Einengung des Bieterkreises auf zwei Bietergemeinschaften erfolgen wird.

Bis zum Ende der Angebotsfrist am 14.3.2018 haben alle fünf Bietergemeinschaften zeitgerecht das Angebot in der zweiten Fassung abgegeben. Die Angebote wurden auf Konformität mit den Ausschreibungsunterlagen geprüft und gemäß dem Wirtschaftlichkeitskriterium (angebotener Gesamtpreis) sowie anhand der qualitativen Zuschlagskriterien (Montage- und Transportkonzept, Bauzeitverkürzung und Gewährleistungsverlängerung) in Form eines in den Ausschreibungsunterlagen genau bekanntgegebenen Punktesystems beurteilt.

Mit zwei Bietergemeinschaften fanden am 10.4. und 11.4.2018 Endverhandlungen statt. Nach Abschluss der Verhandlungsrunden wurde auf Grundlage der Verhandlungsergebnisse die Ausschreibungsunterlage in der dritten Fassung (last and final offer) erstellt und an die beiden verbliebenen Bietergemeinschaften übermittelt. Bis zum Ende der Angebotsfrist am 24.4.2018 haben beide Bietergemeinschaften zeitgerecht das Angebot in der dritten Fassung abgegeben.

Die Angebote wurden auf Konformität mit den Ausschreibungsunterlagen in der dritten Fassung geprüft und gemäß dem Wirtschaftlichkeitskriterium (angebotener Gesamtpreis) sowie anhand der „eingefrorenen“ Ergebnisse der Bewertung der qualitativen Zuschlagskriterien der Angebote in der zweiten Fassung (Montage- und Transportkonzept, Bauzeitverkürzung und Gewährleistungsverlängerung) beurteilt. Die auf Grundlage der qualitativen Zuschlagskriterien im Angebot in der zweiten Fassung vergebenen Punkte für das Montage- und Transportkonzept, die Bauzeitverkürzung und die Gewährleistungsverlängerung wurden bei der Beurteilung der Angebote in der dritten

Fassung den beim Wirtschaftlichkeitskriterium (angebotener Gesamtpreis) erlangten Punkten des Angebots in der dritten Fassung hinzugezählt.

Der Angebotspreis des Bestbieters der Bietergemeinschaft MCE GmbH / PORR Bau GmbH / Strabag AG beträgt € 58,161.378,26 exkl. USt.

Zur Ermittlung der durch die Stadt Linz zu beauftragenden Vergabesumme werden jene Teile des Angebotes, die direkt von der Linz AG beauftragt werden (Abbruch Widerlager und Pfeiler der ehemaligen Eisenbahnbrücke, Vorleistungen NSL), in Abzug gebracht.

Vergabesumme Stadt Linz:

Angebotspreis	€ 58,161.378,26 exkl. USt
abzüglich Abbruch Widerlager, Pfeiler	- € 374.878,40 exkl. USt
abzüglich Vorleistungen NSL	- € 758.383,28 exkl. USt
	<hr/>
	€ 57,028.116,58 exkl. USt

2. Vergabe – Örtliche Bauaufsicht

Die Örtliche Bauaufsicht (ÖBA) unterstützt die Auftraggeberin dabei, das Projekt einer technisch und wirtschaftlich optimalen Realisierung unter Einhaltung der vorgegebenen Normen und Standards zuzuführen. Insbesondere erfolgt dies durch Überwachung und Dokumentation aller für die Realisierung des Projektes notwendigen Leistungen, u.a. im Hinblick auf die

- Einhaltung der allgemeinen gesetzlichen Regelungen und projektbezogenen behördlichen Vorschriften und Auflagen
- Überwachung auf vertragsgemäße Herstellung des Werkes
- Abrechnung und Qualitätssicherung
- Übereinstimmung mit den Ausführungsunterlagen und den Festlegungen der Planung
- Prüfung der Objekte betreffend Lage, Höhe und Geometrie

- Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik
- Koordinierung der einzelnen beschäftigten Unternehmungen, Planer und sonstigen Sonderbauaufsichten
- Mitwirkung bei der Schadensminimierung
- Federführende Abwicklung von ergänzenden Preisanfragen und Direktvergaben für untergeordnete Leistungen während der Bauphase (z.B.: Abnahmeprüfungen, Bepflanzung, Beschilderung)

Um diese Tätigkeiten durchführen zu können, ist der Einsatz von je einer Person für den Bereich Stahlbau und den Bereich Tiefbau erforderlich, wobei diese je nach Schwerpunkt der Arbeiten zum Einsatz kommen. Zusätzlich ist über die gesamte Bauzeit ein Abrechnungstechniker erforderlich. Weiters werden für die Qualitätssicherung der Stahlbauarbeiten zwei Sonderfachleute (DI Johann Stranzinger, DI Wolfgang Kirchmair) eingesetzt, die der ÖBA verpflichtend vorgegeben wurden.

Durchgeführtes Verfahren

Die Leistungen wurden in Form eines offenen Verfahrens im Oberschwellenbereich (Bestbieterprinzip) ausgeschrieben.

Zum Termin 17.4.2018 wurde ein Angebot einer Bietergemeinschaft eingereicht.

Angebotsreihung nach Bewertung und rechnerischer Prüfung:

Bietergemeinschaft	erreichte Punkte	Angebotspreis exkl. USt.
Schimetta Consult ZT GmbH IBK Ingenieurbüro Kronawetter ZT GmbH	98	€ 1,251.712,50

3. Weiterer Terminplan

Baubeginn: Juni 2018

Spatenstich: Anfang Juli 2018

Fertigstellung: Herbst 2020

4. Die Historie der „Neuen Donaubrücke Linz“

April 2014: LINZ AG erwirbt Eisenbahnbrücke

Die LINZ AG erwirbt von den ÖBB, die keine Verwendung mehr für sie hatte, die in die Jahre gekommene Eisenbahnbrücke. Sie stellt als Donauquerung einen wesentlichen Teil der Strecke für die geplante zweite Linzer Schienenachse dar.

September 2015: Volksbefragung

Am 27. September 2015 sprach sich die Linzer Bevölkerung mit einer großen Mehrheit von 68 Prozent für die Errichtung einer neuen Brücke für Straßenbahn, Autobusse, Kraftfahrzeuge, Fahrräder und Fußgänger anstelle der bestehenden Eisenbahnbrücke aus. Nur 32 Prozent (bei 64,6 Prozent der abgegebenen Stimmen bezogen auf die Stimmberechtigten) entschieden sich für eine Sanierung der bestehenden Eisenbahnbrücke für Fußgänger und Fahrräder sowie die Errichtung einer Begleitbrücke für Straßenbahn, Autobusse und Kraftfahrzeuge.

Februar 2016: Unumgängliche Brückensperre

Brückenexperten, die bereits über viele Jahre die Eisenbahnbrücke sicherheitstechnisch begleiteten, hatten ernsthafte und berechtigte Sicherheitsbedenken, diese über den 27. Februar 2016 weiterhin zu betreiben. Das Gutachten war eindeutig und ließ keinen Spielraum zu. Der Politik blieb somit nur mehr die Möglichkeit, die bereits technisch sehr stark angeschlagene Eisenbahnbrücke für den gesamten Verkehr zu sperren. Ein Zuwiderhandeln hätte bei einem Großereignis etwaige strafrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen.

März 2016: Abbruch der Eisenbahnbrücke

Nach der Gleisabtragung im März erfolgte im Vorfeld Mitte April der Leitungsabbau der Eisenbahnbrücke. Alle auf der Brücke befindlichen Versorgungsleitungen wie Steuerungskabel, Stromleitungen und die Gasleitung wurden außer Betrieb gesetzt und abgebaut. Parallel wurde eine Manipulationsfläche auf der Urfahrner Seite errichtet, auf der die abgebrochenen Brückenteile zerlegt und somit verkleinert werden konnten. Bereits fertig gestellt wurde eine Spundwand, bei der Schiffe, die die Brückenteile abtransportieren, anlegen können. Dafür wurden etwa 1.000 Steine mit einem Gewicht von jeweils einer Tonne angeliefert und im Bereich der Spundwand eingesetzt.

Oktober 2016: Fertigstellung Vorprojekt

Der Weg für die konkrete Planung wurde erst mit einem demokratischen Volksentscheid freigemacht. Etwas mehr als ein Jahr nach dem Plebiszit waren die Planungsarbeiten so weit, um das Einreichprojekt den zuständigen Behörden vorzustellen.

Dezember 2016: Einreichplanung

Die neue Mehrzweckbrücke musste insgesamt durch sechs Behördenverfahren, die parallel zueinander geführt und von der Stadt Linz koordiniert wurden. Für das Naturschutzrechts-, Schifffahrtsrechts-, Straßenrechtsverfahren und für das straßenpolizeiliche Verfahren war die städtische Bau- und Bezirksverwaltung zuständig, für das Wasserrechtsverfahren teilweise Landeshauptmann Josef Pühringer sowie auch die städtische Bau- und Bezirksverwaltung, für das Eisenbahnrechtsverfahren war wiederum der Landeshauptmann verantwortlich.

Juni 2017: Alle Rechtsverfahren zur neuen Donaubrücke verhandelt

Am 7. Juni 2017 wurde nach dem bau-, wasser-, naturschutz- und schifffahrtsrechtlichen Verfahren das straßenrechtliche Einreichprojekt verhandelt. Bereits am 16. Oktober starteten die ersten konkreten Finanzierungsgesprä-

che mit Alt-Landeshauptmann Pühringer. Am 7. Dezember wurde eine politische Einigung erzielt (60 Prozent der Kosten trägt die Stadt, 40 Prozent das Land Oberösterreich). Die konkrete Ausformulierung dauerte allerdings noch bis Juli 2017.

Juli 2017: Notwendiger Beschluss im Linzer Gemeinderat

Der Linzer Gemeinderat gab bereits im Juli 2017 den Weg zur Neuerrichtung der Eisenbahnbrücke frei, in dem er die zwischen dem Land Oberösterreich und der Stadt Linz getroffene Finanzierungsvereinbarung einstimmig beschloss.

August 2017: Beginn der EU-weiten Ausschreibung

September 2017: Notwendiger Beschluss im Oberösterreichischen Landtag

Mai 2018: Vergabebeschluss Infrastrukturausschuss und Gemeinderat

Im Mai 2018 wird voraussichtlich die Vergabe an das Konsortium beschlossen. Damit kann der Bau der Neuen Donaubrücke bereits im Juni 2018 beginnen!